

Editorial

Bildung: Gehen wir in die Offensive



Die Schweiz befindet sich in einer Phase schwerer Turbulenzen. Ihr wirtschaftlicher Erfolg, der seit den 2000er-Jahren auf einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und im Zusammenhang mit den neu geschaffenen Arbeitsplätzen auf einer hohen Einwanderung basiert, ist in Frage gestellt. Mit dem starken Franken trübt eine zusätzliche Unsicherheit die konjunkturellen Erwartungen. Und weil eine schlechte Nachricht selten alleine kommt, muss der Bund 2014 ein leichtes Defizit in Kauf nehmen.

Angesichts dieser Umstände muss die Politik Prioritäten setzen. Am besten unterstützen wir unsere Volkswirtschaft, indem wir ihr Rückgrat stärken: die Bildung. Trotz den laufenden Anstrengungen fehlen uns Spezialisten in zahlreichen Bereichen, etwa in der Pflege, in Ingenieursberufen oder in Führungspositionen. Es ist deshalb an der Zeit, in die Offensive zu gehen und uns aus der Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften zu befreien.

Die Offensive führt über eine Stärkung der höheren Berufsbildung, der Erwachsenenbildung sowie über attraktivere wissenschaftliche Karrieren. Aber diese Reformen dürfen nicht auf Kosten der beruflichen Grundbildung, der Betreuungsverhältnisse an unseren Hochschulen oder der Weiterbildung erfolgen. Man stärkt nicht die Spitze eines Turms, indem man dessen Fundament schwächt.

Jacques-André Maire

Nationalrat,
Vorstandsmitglied Politikerteam FUTURE

Übergangslösung Erasmus+

Die Schweiz verliert internationale Strahlkraft

Der Ausschluss der Schweiz vom europäischen Bildungsprogramm «Erasmus+» löste grosse Verunsicherung aus. Dank der Übergangslösung bleibt die Mobilität auf Hochschulebene zwar erhalten. Die Einbussen auf strategischer Ebene wiegen jedoch schwer.

Vor gut einem Jahr wurde die Schweiz als Folge der angenommenen Volksinitiative gegen Masseneinwanderung vom europäischen Bildungsprogramm «Erasmus+» ausgeschlossen. Sie fiel in den Status eines Drittlandes zurück. Tausende Austausch- und Projekte auf allen Bildungsebenen waren plötzlich in Frage gestellt, der Ruf der Schweiz als zuverlässige Partnerin war angekratzt. Im Frühling 2014 stellte der Bund eine Übergangslösung für eine indirekte Teilnahme am EU-Programm auf die Beine. Diese sieht vor, zwischen 2014 und 2016 in erster Linie die Bildungsmobilität aufrechtzuerhalten. Die Finanzierung erfolgt über die Gelder, die ursprünglich für die Programmteilnahme budgetiert waren. Im Unterschied zu einer

Assoziierung muss die Schweiz dabei auch die ausländischen Programmteilnehmer finanzieren, die für einen Austausch in unser Land kommen.

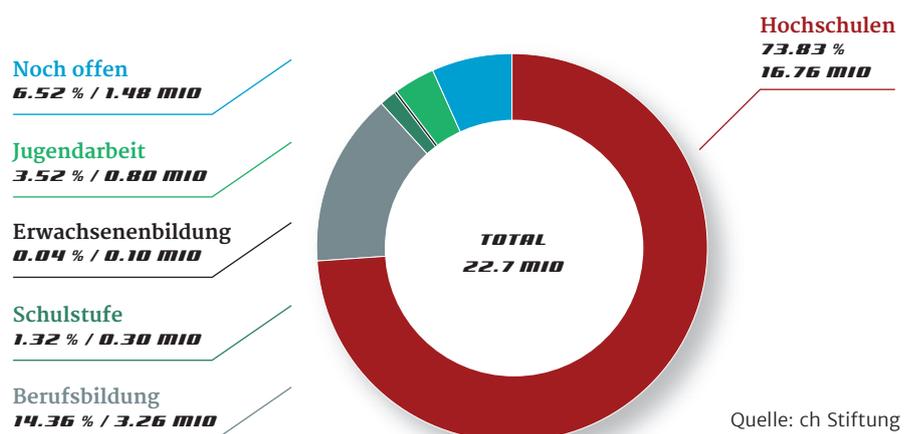
Positive Bilanz auf Hochschulstufe

Ende des letzten Jahres zog die mit der Umsetzung der Übergangslösung beauftragte «ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» eine erste Zwischenbilanz. Im Jahr 2014/2015 rechnen die Hochschulen insgesamt mit knapp 3'000 Aufhalten von Schweizer Studierenden im europäischen Ausland (Outgoing). Damit bewegen sich die Zahlen ungefähr auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren. Im Gegenzug werden gut 2'600 Förderungen für ausländische Studierende erwartet, die für einen Studienaufenthalt an eine Schweizer Hochschule kommen (Incoming). Das bedeutet unter dem Strich nur einen leichten Rückgang der Incoming-Studierenden, wobei die Zahlen der verschiedenen Universitäten stark variieren. Demnach kann die internationale Mobilität auf Ebene der Hochschulen

Fortsetzung auf Seite 2

Übergangslösung Erasmus+ 2014/2015:

Verteilung der Finanzbeiträge nach Bildungsbereich (in Franken)



Quelle: ch Stiftung

kurzfristig erhalten werden. Die Hochschulen mussten dafür aber mit einem grossen zeitlichen und personellen Mehraufwand alle Verträge einzeln aushandeln. Die Bilanz fällt nicht in allen Bildungsbereichen so positiv aus wie auf der Tertiärstufe. Aufgrund der eingeschränkten Beteiligung der Schweiz ging die grenzüberschreitende Mobilität in der schulischen und beruflichen Bildung im Jahr 2014/2015 um rund ein Viertel zurück. Bei der Erwachsenenbildung und beim Jugendaustausch sank sie gar um 40 Prozent.

Verlust auf strategischer Ebene

Aber noch schwerer wiegt die Einschränkung, welche die Schweiz im Bereich der Bildungsprojekte erlitt. Im Rahmen der Übergangslösung reduzierte sich die Anzahl Schweizer Organisationen, die an internationalen Projekten beteiligt sind, deutlich. Nicht zuletzt deshalb, weil es im Status eines Drittstaates nicht mehr länger möglich ist, Projekte zu koordinieren. Das bedeutet einen einschneidenden Verlust auf strategischer Ebene: Heute kann die Schweiz keine grenzüberschreitenden Allianzen mehr eingehen, um den europäischen Bildungsraum in einer Führungsposition aktiv mitzugestalten und weiterzuentwickeln. Dabei wären die Schweizer Beiträge sehr gefragt, zum Beispiel wenn es im Dialog mit europäischen Partnern darum geht, die Vorzüge des dualen Berufsbildungssystems aufzuzeigen. Die internationale Strahlkraft des herausragenden schweizerischen Bildungssystems hat mit dem Ausschluss aus Erasmus+ deutlich abgenommen.

Zuwanderungspolitik der Schweiz

Doppelte Gefahr für Hochschulen

Die geplante Umsetzung des neuen Verfassungsartikels über die Zuwanderung gefährdet den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit des BFI-Standorts Schweiz. Die vom Bundesrat beabsichtigte Einführung von Kontingenten sowie eines Inländervorzugs schadet den Bildungs- und Forschungsinstitutionen in zweierlei Hinsicht.

Einerseits sind diese bei der Rekrutierung ihres Personals auf die weltweit besten Köpfe angewiesen, wenn sie weiterhin auf dem bestehenden Niveau kompetitiv bleiben wollen. Eine Kontingentierung von Forschungspersonal und Studierenden aus

dem europäischen Ausland stellt die Exzellenz-Strategie von Bund und Kantonen grundsätzlich in Frage. Andererseits gefährdet eine strikte Umsetzung der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und die damit verbundenen Verträge der Bilateralen I. Ohne diese Abkommen würde die Schweiz ab 2017 längerfristig von den europäischen Bildungs- und Forschungsprogrammen ausgeschlossen. Somit wären der Anschluss an die europäischen Nachbarländer und die hervorragende Positionierung des Wissensplatzes Schweiz im internationalen Wettbewerb in Gefahr.

BFI-Botschaft 2017-2020

Mittelwachstum von jährlich 3,9 Prozent gefordert

Die finanziellen Mittel sollen im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2017-2020 um jährlich durchschnittlich 3,9 Prozent wachsen. In einer Motion beauftragt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) den Bundesrat, die entsprechenden Planungen vorzunehmen.

Ziel der Motion ist es einerseits, in den kommenden Jahren genügend qualifiziertes Personal für Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden. Das Mittelwachstum soll die Umsetzung der geplanten Reformen und Massnahmen in der beruflichen Bildung wie auch im Hochschulbereich ermöglichen. Darunter fallen die vom Bundesrat beabsichtigte Stärkung der höheren Berufsbildung, Massnahmen für eine attraktivere wissenschaftliche Karriere sowie die Schaffung zusätzlicher Studienplätze in der Humanmedizin.

Die geforderten Finanzmittel müssen andererseits garantieren, dass die bestehende Substanz – sprich die Exzellenz in der Schweizer Bildung und Forschung – erhalten bleibt. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Fortsetzung des Engagements in der koordinierten Energieforschung, auf der Pflege und Entwicklung prioritärer Forschungsinfrastrukturen, auf dem verbesserten Wissenstransfer zwischen Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft sowie auf einer nach wie vor starken Berufslehre.

Die Forderung nach einem Wachstum von 3,9 Prozent basiert auf der Annahme eines Sockelwachstums von 1 Prozent. Eine Anpassung dieses Sockels würde sich auf die Forderung auswirken. Die WBK-N stimmte der Kommissionsmotion mit 15 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Eine Minderheit der Kommission beantragt aus haushaltspolitischen Gründen die Ablehnung des Vorstosses.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2015

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Höhere Berufsbildung

Systemwechsel in die Vernehmlassung geschickt

Der Bundesrat hat im Sommer 2014 beschlossen, die höhere Berufsbildung zu stärken. Als zentrale Massnahme will er die finanziellen Hürden senken und damit die berufliche Weiterbildung auf Tertiärstufe B attraktiver gestalten. Die geplante Reform soll einen Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel leisten. Insbesondere soll dadurch die Nachfrage nach qualifiziertem Kaderpersonal auf dem Arbeitsmarkt besser befriedigt werden können.

Seit Mitte Januar 2015 läuft die Vernehmlassung zur Teilrevision des Berufsbildungsgesetzes. Der Gesetzesentwurf sieht einen Systemwechsel vor: Die Teilnehmenden von Vorbereitungskursen für eidgenössische Prüfungen sollen ab 2017 direkt mit Bundesmitteln unterstützt werden und nicht mehr wie bisher indirekt über die Unterstützungsbeiträge an die Kantone. In Ergänzung zu diesem neuen Finanzierungsmodell will der Bund seine Ausgaben

im Bereich der höheren Berufsbildung erhöhen. Der zusätzliche Mittelbedarf wird im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 festgelegt. Die Vernehmlassung zur Gesetzesrevision läuft noch bis am 21. April 2015.

IN KÜRZE

21 Consolidator Grants vergeben

Im Rahmen einer Übergangsmassnahme spricht der Schweizerische Nationalfonds 21 SNSF Consolidator Grants in der Höhe von bis zu je 2 Millionen Franken. Er vergibt diese fünfjährigen Förderungen als Ersatz für die entgangenen Fördergelder des Europäischen Forschungsrats (ERC). Nach dem vorübergehenden Ausschluss vom EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 können sich Forschende in der Schweiz seit September 2014 wieder beim ERC bewerben.

Patrick Aebischer tritt Ende 2016 ab

Der amtierende Präsident der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne, Professor Patrick Aebischer, gibt sein Amt per 31. Dezember 2016 ab. Der Bundesrat hat Aebischers vierte Amtszeit um zehn Monate verlängert. Der ETH-Rat leitet das Nachfolgeverfahren ein.

Neuer Vorstand von swissuniversities gewählt

Die Rektorin der Universität Neuenburg, Martine Rahier, wurde als Präsidentin von swissuniversities bestätigt. Im Vorstand stehen ihr je zwei Vertreter jedes Hochschultyps zur Seite: Antonio Loprieno und Lino Guzzella für die universitären Hochschulen, Crispino Bergamaschi und Franco Gervasoni für die Fachhochschulen sowie Hans-Rudolf Schärer und Erwin Beck für die Pädagogischen Hochschulen.

MINT Schweiz: 28 Projekte gefördert

Im Rahmen des Förderprogramms «MINT Schweiz» unterstützen die Akademien der Wissenschaften 28 Projekte zur Förderung der Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Der Bund stellt dazu insgesamt 1,5 Millionen Franken zur Verfügung.

Energieforschung: SNF startet zwei Forschungsprogramme

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) lanciert im Auftrag des Bundesrats zwei Nationale Forschungsprogramme (NFP) im Bereich der Energieforschung. Das NFP 70 «Energiewende» untersucht technologische Potentiale zur Umsetzung der Energiestrategie 2050. Das NFP 71 «Steuerung des Energieverbrauchs» befasst sich mit gesellschaftlich-ökonomischen Fragen des Energieverbrauchs. Beide Programme legen grossen Wert auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Vertrag über Teilassoziierung unterzeichnet

Der Bundesrat und die Europäische Union haben den Vertrag über die Teilassoziierung der Schweiz am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 unterzeichnet. Der bereits seit 15. September 2014 provisorisch angewendete Vertrag ermöglicht Forschenden aus der Schweiz die gleichberechtigte Teilnahme an Teilen des Programms.

Die Teilassoziierung ist bis Ende 2016 begrenzt. Die weitere Beteiligung ab 2017 hängt von der Umsetzung des neuen Zuwanderungssystems der Schweiz ab.

Hohe Internationalität der Schweizer Universitäten

Die ETH Lausanne (1), die Universität Genf (2) und die ETH Zürich (3) sind laut einem Ranking von Times Higher Education die drei internationalsten Universitäten der Welt. Unter den 100 internationalsten Hochschulen des Jahres 2015 rangieren auch die Universitäten Basel (12), Zürich (28), Lausanne (34), Freiburg (37) und Bern (57). Das Ranking basiert auf der Zusammensetzung der Studierendenkörper und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeiten der einzelnen Hochschulen.

ESS: Kommission stimmt für Beteiligung

Mit 19 zu 6 Stimmen hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) einer Schweizer Beteiligung an der Europäischen Spallationsquelle (ESS) zugestimmt. Eine Minderheit sprach sich aus haushaltspolitischen Gründen gegen den erforderlichen Kredit in der Höhe von 97,2 Millionen Franken bis 2026 aus. Aus dem Forschungsinfrastrukturprojekt ESS soll die weltweit grösste Neutronenquelle hervorgehen.